

Aus dem Gemeinderat



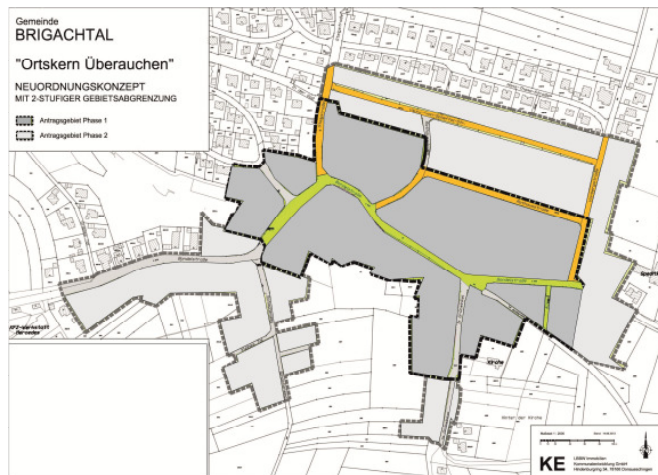
vom 18.06.2013

Ortskernsanierung Überauchen nimmt neuen Anlauf

Konzentration auf Kernbereich soll Chancen zur Aufnahme in Förderprogramm erhöhen

Mit einem nochmaligen Antrag für 2014 wird die Gemeinde versuchen, den Ortsteil Überauchen in das Landessanierungsprogramm (LSP) zu bringen. Wegen der Vielzahl kommunaler Förderanträge und der knappen Landesmittel war dies in den letzten beiden Jahren leider noch nicht gelungen.

Hans-Christian Fock von der KE Kommunalentwicklung erläuterte dem Gremium die Rahmenbedingungen und Kernpunkte der neuen Antragstellung. In einem Abstimmungstermin mit dem Landesministerium sowie dem Regierungspräsidium im Mai war klar geworden, dass eine Konzentration auf den Kernbereich des Untersuchungsgebietes erfolgen sollte. Dazu muss die Gebietskulisse verkleinert bzw. zumindest in eine abschnittsweise Priorisierung gebracht werden. Außerdem müssen die geplanten Maßnahmen im Kernbereich mit Blick auf Prioritäten, zeitliche Umsetzbarkeit und Finanzierungsbedarf näher dargestellt werden. Dies betrifft vor allem die öffentlichen Projekte wie Schaffung einer neuen Ortsmitte sowie die Sanierung und Weiterentwicklung der kommunalen Gebäude.



Antragsgebiet Phase 1: dunkel schattierte Fläche
Antragsgebiet Phase 2: hellgrau schattierte Fläche

Zum weiteren Verfahren ist jetzt eine Vertiefung der von der KE Kommunalentwicklung bereits erstellten Grobanalyse im Kerngebiet von Überauchen vorgesehen. Dabei sollen die Grundstückseigentümer zur Einschätzung der Mitwirkungsbereitschaft per Befragung durch die KE in den nächsten Wochen mit einbezogen werden.

Im Vorfeld des erneuten Aufnahmeantrages Ende Oktober wird das Ergebnis nach der Sommerpause in öffentlicher Gemeinderatssitzung vorgestellt werden.

Erst dann entscheidet sich, mit welcher Gebietskulisse der Förderantrag beim Land letztlich eingereicht wird. In diesem Zusammenhang soll auch der bisherige Förderrahmen von etwa 3 Mio. Euro für die erste Antragsphase entsprechend reduziert werden.

Der Gemeinderat billigte diese Vorgehensweise einstimmig und erteilte den Auftrag an die KE Kommunalentwicklung zur Ausführung der entsprechenden Planungsleistungen.

Positives Ergebnis bei Forstwirtschaftsjahr 2012

Der Brigachtaler Wald schließt das Forstwirtschaftsjahr 2012 wiederum mit einem positiven Betriebsergebnis in Höhe von 11.155 Euro ab. Die Planung sah ein Ergebnis von rund 7.500 Euro vor. Der Leiter der Forstbetriebsstelle Baar, Dr. Frieder Dinkelaker gab dem Gemeinderat einen kurzen Rückblick und erläuterte das Ergebnis.



Neben dem stabilen Holzpreis trug zum guten Ergebnis auch der Umstand bei, dass im vergangenen Jahr kein Sturm- oder Käferholz zu beklagen war. Dies führte auch dazu, dass für den Waldschutz Mittel eingespart werden konnten. Die Hausaufgaben, was die Durchforstung betrifft konnten planmäßig gemacht werden.

Im vergangenen Jahr wurde das Forsteinrichtungswerk für den Zeitraum 2012 bis 2021 beschlossen. Vorgesehen ist in diesem Zeitraum ein Hiebsatz von insgesamt 24.000 Festmetern (2.400 Fm/Jahr). Ursprünglich war für das Jahr 2012 ein Hiebsatz von 2.000 Fm geplant. Dieser wurde dann dem Einrichtungswerk entsprechend im laufenden Jahr auf 2.256 Fm erhöht, was letztendlich auch zu Mehreinnahmen führte.

Grundlage für die Forsteinrichtung sind neben den allgemeinen Rahmenbedingungen der Waldbewirtschaftung auch die Ziele des Waldbesitzers. Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Waldbewirtschaftung und die Bedeutung der Erholungsfunktion des Waldes hat die Gewinnerzielung für die Gemeinde Brigachtal

nicht die höchste Priorität. Gleichwohl ist es das Ziel, zumindest kein Defizit, sondern möglichst einen moderaten Überschuss im Planungszeitraum zu erzielen.

Der Gemeindewald Brigachtal ist ein Aufbaubetrieb in dem hohe Anteile von 40 bis 80jährigem Wald der Bestand sind. Insgesamt besteht der Wald zu 84 % aus Nadel-, und zu 16 % aus Laubholz.

Flurneuordnung Überauchen schreitet voran Fußgängerbrücke soll vorsorglich in die Ausbauplanung



Über den Stand des Verfahrens zur Flurneuordnung Überauchen informierte Bürgermeister Michael Schmitt den Gemeinderat. Der Vorstand der Teilnehmergemeinschaft hatte Ende Mai zur Vorberatung der Schwerpunktthemen „Wertermittlung für die Grundstücke“ sowie „Entwurf der Ausbauplanung“ getagt.

Unabhängig davon war im Zuge des in Auftrag gegebenen Tourismuskonzeptes die Idee aufgekommen, die Ortsteile mittels einer zusätzlichen Fußgängerbrücke über die Brigach weiter zu vernetzen. Sollte sich die Gemeinde später für den Bau einer solchen Verbindung entscheiden, wäre diese im Rahmen der Flurneuordnung mit über 70% förderfähig.

Vor diesem Hintergrund wurde im Rat diskutiert, ob ein entsprechender Empfehlungsbeschluss an die Teilnehmergemeinschaft der Flurneuordnung nicht geboten wäre, um sich die Fördermöglichkeiten nicht zu verbauen. Eine konkrete Entscheidung über den Bau einer solchen Brücke, die in einer ersten groben Schätzung auf etwa 200.000 bis 250.000 Euro taxiert wird, wäre damit noch nicht getroffen. Über Sinn und Machbarkeit der Maßnahme wurde im Gemeinderat dann auch ausführlich debattiert. Die notwendige Fußweganbindung, die Belange des Hochwasser- und des Naturschutzes wurden dabei ebenfalls angesprochen.

Da die Ausbauplanung zur Flurneuordnung noch im Herbst des Jahres fixiert werden soll, fasste der Gemeinderat dann mehrheitlich den Empfehlungsbeschluss an die Teilnehmergemeinschaft, eine solche

Fußgängerbrücke in die Ausbauplanung vorsorglich mit aufzunehmen.

Bauangelegenheit Beschluss über das Einvernehmen der Gemeinde

Ein Nachtragsbaugesuch zur Erweiterung des Logistikgebäudes in der Gewerbestraße 6 hatte der Gemeinderat zu behandeln. Dabei geht es um den zusätzlichen Bau einer Tiefgarage im Untergeschoss mit zehn Stellplätzen sowie einem veränderten Ausbau im Bürotrakt des Obergeschosses.

Dem ursprünglichen Baugesuch hatte der Gemeinderat bereits in der letzten Sitzung zugestimmt. Einstimmig wurde dann auch der Beschluss gefasst, das Einvernehmen der Gemeinde zum Nachtragsbaugesuch zu erteilen.